54. Jahrgang. № 340. Mittwoch, 8. Dezember 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegebenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 12 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäftl. Anzeigen an der Privatseite 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 15 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belege werden jedesmal berechnet, jeder Beleg kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

20 Proz. Preisermässigung auf Lodenjoppen, Lodenanzüge, Lodenmäntel, Lederjoppen, Damen-Kostüme und -Mäntel. Jos. Fiechtl, Schloss-Strasse 23.

Täglich Neuheiten in ausgesucht schönen **Zuglampen** für Gas und elektrisch. Ebeling & Croener, Bankstr. 11.

Ullrichs Pianinos sind **vorzüglich**, dabei sehr **preiswürdig**. Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuchs Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer erstattete Abg. Anders den Bericht der Finanzdeputation, aus dem zu ersehen war, daß das reine Staatsvermögen Sachsens in den Jahren 1903 bis 1907 um 160 Millionen Mark gestiegen ist.

Die Interpellationen betr. den Werftbetrieb in Kiel wurden gestern im Reichstage zu Ende geführt. Darauf wurde die erste Lesung des Handelsvertrages mit Portugal fortgesetzt.

Die Staatsanwaltschaft hat die Revision im Kieler Werftprozeß zurückgezogen.

In den Gaswerken des Hamburger Freihafens explodierten gestern zwei Gasometer. Die Zahl der Opfer ist noch unbestimmt, doch dürfte sie beträchtlich sein.

Das Schöffengericht Hamm verurteilte den Redakteur des „Simplicissimus" Gulbransson wegen Beleidigung der Verwaltung der Zeche „Radbod" zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Botschaft des Präsidenten Taft an den Kongreß ist kurz und in maßvollem Tone gehalten.

Der Reichshaushalt in den Rechnungsjahren 1909 und 1910.

Mit dem im Reichstag am 9. d. M. durch den Staatssekretär des Reichsschatzamtes Wermuth einzubringenden Reichshaushaltsetat für 1910 steht das deutsche Volk an der Schwelle eines neuen Rechnungsjahres. Der Etat des laufenden Rechnungsjahres schloß nach dem Etatgesetz vom 4. April d. J. in Einnahme und Ausgabe mit 2850 Millionen Mark ab. Der gegenwärtig gleichzeitig mit dem Etat für 1910 zur Beratung stehende Nachtragsetat für 1909 enthält weitere Forderungen für das laufende Finanzjahr in Höhe von 521,7 Millionen und steigert damit den Bedarf auf die noch nicht dagewesene Höhe von 3371,7 Millionen. Diese Summe mußte aufkommen; nicht den verbündeten Regierungen, die früh genug und oft genug zu rechtzeitiger und ausreichender Deckung gemahnt haben, ist sie zur Last zu legen, sie ist die Folge von Beschlüssen des Reichstages. Der Nachtragsetat mit seinem Bedarf von über ½ Milliarde Mark, der vielfach Befremden und Widerspruch hervorgerufen hat, stellt sich dar als die Konsequenz aus § 2 des neuesten Finanzgesetzes, aus den neuen Besoldungsgesetzen und aus der Berücksichtigung einiger Wünsche des Reichstages. In ihm sind hauptsächlich enthalten die Ausgaben für Gehaltsaufbesserungen in 1909, für Gehaltsnachzahlungen in 1908 und 242,3 Millionen zur Beseitigung der gestundeten Matrikularbeiträge für 1909. Diesem Gesamtbedarf, einschließlich kleinerer Beträge, von 118,5 Millionen stehen nach dem Ansatz noch im laufenden Finanzjahr an Einnahmen gegenüber 86 Millionen aus neuen Steuern, 74,7 Millionen aus der durch die Reichsfinanzreform zur reichseigenen Steuer gewordenen Reichsstempelabgabe und 13,8 Millionen infolge Uebernahme des Fehlbetrages im Etat für 1907 auf Anleihe, zusammen 173,5 Millionen. Die verbleibenden 240,2 Millionen erfahren, wieder auf Grund des § 2 des Finanzgesetzes, weitere Vermehrungen um 145,5 Millionen zur Deckung der aus den Jahren 1906, 1907, 1908 herrührenden gestundeten Matrikularbeiträge und um 135,8 Millionen zur Deckung des Fehlbetrages für 1907 und 1908. Es ergibt sich somit der, nach gesetzlicher Bestimmung durch Anleihe zu deckende, Betrag von 521,7 Millionen. Infolgedessen stellt sich für das laufende Jahr die gesamte etatsmäßige Anleihesumme, einschließlich von 202,4 Millionen außerordentlicher Ausgaben nach dem Etatsgesetz vom 4. April d. J., auf 724,1 Millionen. Von dieser noch zu begebenden Anleihesumme dürfen aber, wieder nach dem neuesten Finanzgesetz, die 242,3 Millionen, die zur Beseitigung der gestundeten Matrikularbeiträge für 1909 dienen sollen, nur eine vorübergehende Reichsschuld bleiben; sie müssen in den Rechnungsjahren 1911 bis 1913 aus den bereitesten Mitteln des Reiches abgebürdet werden. Es verbleibt somit aus 1909 etatsmäßig eine dauernde Vergrößerung der Reichsschuld um rund ½ Milliarde Mark, wodurch diese auf über 5 Milliarden Mark anwächst.

Auch der Etat des Jahres 1910 bedingt eine Erhöhung der Reichsschuld, und zwar um 150 Millionen. Er sieht vor 2880,3 Millionen an ordentlichen und 191,3 Millionen an außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben; seine Endsumme ist somit noch um 1,6 Millionen höher als die des Etats für 1909, trotzdem unter den außerordentlichen Ausgaben keine neue Ausgabe erscheint und Abstriche im Gesamtbetrage von rund 150 Millionen vorgenommen, bezw. die Aufwendungen im Vergleiche zum Etat für 1909, so bei der Heeres-, Marine-, Post- und Reichseisenbahn-Verwaltung, erheblich vermindert sind. Wie wäre aber die Finanzlage im nächsten Rechnungsjahre ohne die neue Finanzgesetzgebung gewesen! Die neuen Steuern, deren dauernder Ertrag auf 413 Millionen angenommen ist — die an dem Gesamtbedarf von 500 Mill. fehlenden 87 Millionen sind bekanntlich durch Beibehaltung der Zuckersteuer in bisheriger Höhe (85 Millionen), der Fahrkartensteuer (20 Millionen), des Ortsportos (3 Mill.), durch Kürzung des Anteils der Bundesstaaten an der Erbschaftssteuer (4 Millionen), durch Verdoppelung der Matrikularbeiträge (25 Millionen) gedeckt —, sind mit Rücksicht auf den Konsumrückgang, die Voreinfuhr usw. nur mit 300 Millionen, d. h. mit ⅔ des Beharrungsertrages in den Etat eingestellt. Davon muß der weitaus größte Teil zur Bestreitung schon früher benötigter Ausgaben verwandt werden. Ohne diese 300 Millionen hätte die Anleihe im nächsten Rechnungsjahre nicht 152,3 Millionen, sondern nahezu das Dreifache betragen müssen. Ferner, dank der Erhöhung der Branntweinsteuer, konnte diese jetzt einzige Ueberweisungssteuer mit 180 Millionen eingestellt werden, so daß die ungedeckten Matrikularbeiträge nur 18,5 Millionen, also ebensoviel wie für 1909, betragen. Dagegen ist die Verzinsung der Anleiheschuld um 19 Millionen auf 215,7 Millionen gestiegen. Das deutsche Volk hat also im nächsten Rechnungsjahre täglich rund 502 000 Mark an die Reichsgläubiger zu zahlen, ein Moment, das allein genügt, um den Ernst der finanziellen Situation des Reiches zu charakterisieren.

Dem neuen Reichsschatzsekretär ist es gelungen, den Etat für 1910 so zu gestalten, daß er an seinem Teile zur Sanierung der Reichsfinanzen beitragen kann. Aber da auch durch ihn die Reichsschuld weiter vermehrt wird, da die Ueberweisungssteuer mit den Matrikularbeiträgen sich nicht deckt und das Reich auch im nächsten Jahre noch Kostgänger der Einzelstaaten bleibt, ist ein Finanzzustand, der günstig zu nennen wäre, noch keineswegs erzielt. Die Tatsache, daß die letzte Finanzgesetzgebung mit einem Fehlbetrage von nahezu einer Milliarde Mark aufräumen mußte, spricht eben für sich selbst. Die finanzpolitischen Sünden der Vergangenheit sind aber nicht das einzige Schwergewicht für die Zukunft. Vom 1. April 1911 ab ist mit einer Reihe neuer Mehrausgaben zu rechnen. In den Jahren 1911—13 muß die Anleihesumme von 242,3 Millionen, die das Aequivalent der ungedeckten Matrikularbeiträge des laufenden Jahres bildet, abgebürdet werden, wegen der Erschöpfung des Invalidenfonds müssen 35 Millionen von 1911 ab auf den allgemeinen Etat übernommen werden, neue Ausgaben stehen weiter bevor infolge der Durchführung des Flottengesetzes, Einführung der Hinterbliebenenversicherung, in deren Bestreitungsfonds bisher nur 45 Millionen nach § 15 des Zolltarifgesetzes abgeführt werden konnten, und weiter infolge Steigerung der Schuldentilgung. Während im Etat für 1910 rund 32 Millionen für Schuldentilgung angefordert werden, sind von 1911 ab für diesen Zweck etwa 50 Millionen aufzuwenden. Auch an eine Vermehrung der Ausgaben infolge Ablaufs des Quinquennats, Beschleunigung von Luftschiffbauten und -Anlagen wird vielleicht zu denken sein. Soll die nach erbitterten Kämpfen und unter schweren Opfern gewonnene Besserung der Finanzlage nicht wieder verloren gehen, so wird gegebenenfalls für sofortige Deckung durch neue Reichseinnahmen gesorgt werden müssen.

Das praktische Ergebnis der Reichsfinanzreform und der Erfolg der Arbeit des Reichsschatzsekretärs ist, daß unter Berücksichtigung aller notwendigen Neuforderungen, unter mäßiger Beschneidung der einmaligen und starker Verringerung der außerordentlichen Ausgaben, sowie unter Beschränkung der ungedeckten Matrikularbeiträge auf 80 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung eine Balancierung des nächstjährigen Etats erzielt ist. Außerdem wird der Betriebsfonds des Reiches durch Zuführung von Münzgewinnen aufgebessert und vom 1. Januar 1910 ab dadurch entlastet, daß die Träger der Unfallversicherung zur Hinterlegung von Betriebsfonds zur Zahlung der Renten angehalten werden. Dadurch wird die Ausgabe von Schatzanweisungen, die in den letzten Jahren einen höchst bedenklichen Umfang angenommen hatte, vermindert und gleichfalls die Finanzlage gebessert.

Neueste Drahtmeldungen

vom 7. Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Besprechung der **Interpellationen betr. den Werftbetrieb in Kiel** wird fortgesetzt. Abg. Lattmann (Wirtsch. Vgg.): Staatssekretär von Tirpitz habe gestern Mängel im Werftbetrieb anerkannt. Er hätte das aber noch freimütiger und schärfer tun sollen. Im Lande werde man vielfach den Eindruck erhalten, daß der Herr Staatssekretär habe beschönigen wollen; anderseits gehe es auch zu weit, wenn gestern zu sehr über den Mangel an kaufmännischem Geist in der Verwaltung geklagt worden sei. Diese Klage wäre berechtigt, wenn wir noch den alten soliden Kaufmannsgeist hätten. Aber das ist nicht der Fall; auch Herr Frankenthal hatte Meschoresgeist. (Heiterkeit.) Notwendig sei es jedenfalls, hier klar zum Ausdruck zu bringen, daß weder die Verhandlungen hier im Hause noch auch der Prozeß uns die Freude an unserer Marine trüben dürfen. Wir verlangen rücksichtsloses Eingreifen gegen bureaukratischen Zopf und gegen Meschoresgeist. — Abg. Werner (Ref.) fordert gleichfalls, daß gegen die Mängel im Werftbetriebe mit eiserner Faust eingegriffen werde. Namentlich müsse das Submissionswesen reformiert werden. — Abg. Dr. Struve (freis. Vp.) kann sich den Ausführungen des Abg. Leonhart nur anschließen. Der Staatssekretär habe versichert, daß er im Interesse sparsamer Wirtschaft energisch eingegriffen habe. Aber sei es denn eine sparsame Wirtschaft, wenn Schulschiffe, die vom Auslande zurückkehren, auf der Reede frisch angestrichen werden, „damit sie hübsch aussehen"? Und wenn sie hierauf erst auf die Werft kommen, schließlich außer Dienst gestellt und verkauft werden. Weiter der Umbau der alten „Marie". (Heiterkeit.) Im Etat seien ja dafür 800 000 Mk. eingestellt gewesen, und die „Marie" sei dann gar nicht in Dienst gestellt, sondern durch Erlaß vom 24. Oktober 1904 aus der Liste gestrichen worden. Dann der alte „König Wilhelm". Reparaturkosten 400 000 Mk., um ihn zum Schulschiff zu gestalten. Der Kasten versagte aber, er mußte geschleppt werden. Trotzdem wurde er als „in Dienst gestellt" geführt, so daß die Offiziere die hohen Zulagen erhalten konnten, während die Zulagen fortfallen würden, wenn nicht die Fiktion der Indienststellung aufrecht erhalten wäre. Weiter der neuere Umbau der Baden-Klasse. Jetzt liegen diese Schiffe hinter der Werftmole. Die Kessel sind herausgenommen, die guten Maschinen verkauft. Sei denn das alles Sparsamkeit? Redner gibt dann noch eine Reihe derartiger Beispiele und erklärt es für notwendig, Maßnahmen zu treffen gegen Vereinbarungen der Submittenten auf Altmaterial. Die einzelnen Ressorts seien aus dem Kieler Prozeß intakt hervorgegangen, aber die Verwaltung liege hilflos am Boden. Schon vor Jahresfrist habe der Staatssekretär zugeben müssen, daß Millionen unterschlagen seien. Könne er da heute sagen, die Unterschleife scheiden aus? — Staatssekretär v. Tirpitz geht auf die Frage des Verkaufs alter Schiffe ein. Man habe bemängelt, daß der „Stosch" zu billig verkauft sei. Ja, was soll ich, wenn mir Angebote gemacht werden, tun? Soll ich den alten Lodenhüter behalten? Ich stehe jetzt vor derselben Verlegenheit inbezug auf den „Kaiseradler". Auch Abg. Struve hat mir Vorwürfe gemacht wegen des Kohlenverbrauchs bei Uebungen. Ich habe aber den Kohlenverbrauch, was der Abgeordnete nicht zu wissen scheint, limitiert pro Schiff. (Zuruf links: Jawohl, seit Jahr und Tag.) Der Herr Abgeordnete hat von den ungeheuren Summen gesprochen, die der Umbau der Baden-Klasse gekostet hat, aber auch da hat er sich geirrt, denn die so umgebauten Schiffe haben noch jahrelang Dienst getan. Dann hat er von der „Marie" gesprochen. Allein die 800 000 Mk., die für deren Umbau ausgeworfen waren, sind im Etat 1902 ausdrücklich nachträglich gestrichen worden. (Große Heiterkeit rechts!) Das weiß Herr Dr. Struve nicht. Da sieht man die Genauigkeit, mit der er sich unterrichtet hat. (Beifall rechts.) — Abg. Severing (Soz.): Schon 1905 hätte seine Partei auf die schweren Einbußen hingewiesen, die das Reich erleidet, wenn beim Verkauf von Altmaterialien nicht zwischen Eisen, Messing und Bronze unterschieden werde. An den Unterschleifen sei vor allem die technische Unfähigkeit des zuständigen Seeoffiziers schuld. Dazu komme die Unzuverlässigkeit einzelner Beamten, unter denen sich Personen befänden, die schon wegen Eigentumsvergehens verurteilt worden seien. Das sei nur möglich bei der Günstlingswirtschaft, die in Kiel herrsche. Der Korvettenkapitän Simon sei vom Arbeiterausschuß der Werft ausdrücklich auf die bedenkliche Vergangenheit eines Arbeiters aufmerksam gemacht worden, der im Zahlmeisterbureau beschäftigt wurde. Simon habe darauf nicht reagiert. Erst eine Beschwerde bei der Oberwerftdirektion habe den Erfolg gehabt, daß der betreffende Bureauarbeiter, der inzwischen die ihm anvertrauten Bücher beseitigt hatte, um die Feststellung von ihm begangener Unterschlagungen zu verhindern, zu Gefängnis verurteilt wurde. Derselbe Korvettenkapitän habe, entgegen dem Krankenkassenstatut, aus dem Kassenvermögen für ein uneheliches Kind gesorgt. Ein Arbeiter, der durch seine Beschwerde den Korvettenkapitän zur Rückzahlung der betreffenden Beträge zwang, sei auf Simons Veranlassung entlassen worden. Das sei nur möglich beim System Tirpitz. — Geheimer Admiralitätsrat Harms: Die Entlassung des betreffenden Arbeiters ist erfolgt, weil er als sozialdemokratischer Agitator auftrat. (Unruhe links.) Jawohl, das ist der Grund, weshalb er entlassen

Naumanns Nähmaschinen Seidel & Naumann, Dresden-A., Struvestrasse 9.